

Brüssel/Berlin, 22. November 2019

## EU-Agrarbudget auf aktuellem Niveau halten - Flexibilität des deutschen Finanzministers notwendig

Brüssel/Berlin. Die Europaabgeordneten und Mitglieder des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments, Lena Düpont, Marlene Mortler, Christine Schneider und Norbert Lins, trafen sich mit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zu einem Austausch über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa.

Dabei ging es unter anderem auch um die Höhe des Agrarbudgets für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU, welcher von 2021 bis 2027 gültig sein wird. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass das Agrarbudget mindestens in gleicher Höhe verbleiben müsse: „Je höher die Anforderungen an unsere Landwirte in Sachen Klima und Umwelt steigen, umso mehr müssen sie finanziell ausgeglichen werden. Denn der Markt honoriert diesen Mehrwert bisher nicht,“ erläutert die CSU-Abgeordnete Marlene Mortler.

Christine Schneider aus Rheinland-Pfalz macht deutlich: „Die Auswirkungen des Klimawandels spürt die Landwirtschaft so unmittelbar wie kein anderer Wirtschaftszweig. Wir müssen unsere Landwirte darin unterstützen, sich dem Klimawandel anzupassen. Denn unsere Landwirte sind ein wichtiger Teil der Lösung und nicht das Problem.“

„Die Herausforderungen für die Landwirtschaft werden größer. Da macht es wenig Sinn, die Mittel weiter zu kürzen,“ ergänzt die niedersächsische Abgeordnete Lena Düpont.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist geregelt, dass das europäische Agrarbudget in gleicher Höhe verbleiben soll. „Aus meiner Sicht würde ich es daher begrüßen, wenn wir auf 1,3% des BIP als Anteil der Mitgliedstaaten für das EU-Budget gehen und nicht wie Olaf Scholz auf 1,0% beharren würden. Ich fordere hier mehr Flexibilität und Weitsicht des Finanzministers. Für ein funktionierendes Europa brauchen wir entsprechende finanzielle Mittel, auch über den Agrarbereich hinaus,“ so Norbert Lins, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament, abschließend.

Für weitere Informationen:

**Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-37819**